

DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER

BUND SOZIALDEMOKRATISCHER FREIHEITSKÄMPFER, OPFER DES FASCHISMUS UND AKTIVER ANTI-FASCHISTEN



2007 – mit Kanzler Gusenbauer! Am 1. Oktober 2006 wurden die Weichen für die Politik neu gestellt



Alfred Gusenbauer: „Mein Erfolg ist euer Erfolg.“

Die jubelnde Begeisterung, die die Sozialdemokraten an diesem Wahlabend erfasste, war umso verständlicher, als die Meinungsumfragen in den Wochen zuvor einem solchen Sieg wenig Chancen gegeben hatten. Für die ÖVP war die Niederlage in ihrem Ausmaß kaum fassbar: Noch nie hatte eine Partei in der Zweiten Republik einen solchen Abfall an Wählerstimmen erleiden müssen.

Das Wahlergebnis war eine eindrucksvolle Bestätigung dafür, dass das Wahlvolk offenbar ein besseres Gefühl dafür hat, was in seinen Lebensinteressen vorrangig ist, als so manche Politaguren. Zwar braucht man gar

nicht zu leugnen, dass die Vorgänge um die gewerkschaftseigene Bawag bei vielen Anhängern der Sozialdemokratie maßlose Enttäuschung und Verärgerung hervorgerufen hatten – und darauf bauten die Gegner, die den Bankskandal als ein Geschenk des Himmels betrachteten, das ihnen erlaubte, mit den Händen im Schoß getrost den Wahlabend abzuwarten. Da beunruhigte sie nicht mehr das Menetekel der vorangegangenen Regionalwahlen, die die Volkspartei zwei seit jeher konservativ bestimmte Bundesländer kosteten. Alfred Gusenbauer und seine Equipe stellten dem von den Gegnern ausgeweideten Karibik-Milliär-

denloch ihr „jetzt erst recht“ entgegen, und es wurde gehört. In einer großen Kraftanstrengung, die auch eine harte Sprache nicht scheute, festigten tausende Vertrauensleute und Mitarbeiter der SPÖ diese Überzeugung in den Menschen. Und diese hielten daran fest, was sie schon mit ihren Entscheidungen der vergangenen Monate erkannt hatten: Die politischen Verhältnisse in Österreich bedürfen einer dringenden Änderung – sei es auf dem Arbeitsmarkt, in der Bildung, in sozialer Gerechtigkeit und Fairness. Das hatte in ihrem ureigensten Interesse Vorrang.

Das Wahlergebnis ließ bekanntlich für eine stabile Regie-

rung keine andere Möglichkeit zu als die einer großen Koalition. Die Fassungslosigkeit der ÖVP fand zunächst ihren Ausdruck darin, dass sie sich zierte, die Verhandlungen darüber zu führen. Aber auch auf diesem Gebiet gewann die Vernunft, zum Teil sicherlich auch indem man aus der Not eine Tugend machte, in der öffentlichen Meinung die Oberhand, und dem musste sich Schlüssel widerstrebend fügen: Eine Ablehnung mit nachfolgenden Neuwahlen hätte für seine Partei das Debakel vom 1. Oktober potenziert.

Inzwischen ist der Termin für die Bildung der Koalitionsregierung unter Bundeskanzler Gusenbauer fixiert, und wenn nicht ein Stolperstein den mühseligen Hausbau doch noch zum Einsturz bringen sollte, kann die Arbeit der „Zwei“ beginnen. Dass es dabei nicht ohne Kompromisse abgehen wird, ist vorherzusehen, zumal auch die Staatsfinanzen sich als gar nicht so rosig erweisen, wie sie Grasser malte.

Übereinstimmung herrscht in der öffentlichen Meinung darüber, dass eine große Koalition, um sinnvoll zu dauern, genau jene Probleme aufgreifen muss, die nur im Zusammenspiel der ideologisch unterschiedlichen Kräfte lösbar sind. An den Sozialdemokraten wird es liegen, zu zeigen, dass sie dabei als führende Kraft den Auftrag der Wähler nicht vergessen.

Manfred Scheuch

Foto: DeSt

„Ihr Opfer – für immer“

Am 1. November fand der traditionelle Gedenkmarsch der Sozialdemokratie statt.



Vizepräsidentin Anneli Haselbach und Landesvorsitzender Ernst Nedwed vor dem Grab Rosa Jochmanns

Fotos: Freiheitskämpfer/Willy Wagner

Neben einer großen Delegation der Sozialistischen Jugend nahmen wieder viele Mitglieder der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer, Bildungsfunktionäre und Mandatäre aus den Bezirken teil.

Der Landesvorsitzende Ernst Nedwed sagte einleitend beim Denkmal für die Opfer des Faschismus 1934 bis 1945, dass der Gedenkmarsch schon seit Jahrzehnten stattfindet. Er erinnerte an den 125. Geburtstag von Otto Bauer, der nach

dem Februartkampf in einer Broschüre über den „Aufstand der österreichischen Arbeiter“ mit folgenden Worten schloss: „Der Tag der Vergeltung, der Tag des Sieges wird kommen. Am Tag des Sieges werden die österreichischen Arbeiter mit ihren roten Fahnen zu den Gräbern der Gefallenen und Gerichteten ziehen, in unauslöschlicher Dankbarkeit der Helden des österreichischen Freiheitskampfes gedenkend.“ Dies war von allem Anfang an die Motivation für den jährlich

stattfindenden Gedenkmarsch, der von Rosa Jochmann nach der Gründung des Bundes der Freiheitskämpfer initiiert wurde und bis heute veranstaltet wird. Es gilt den Februar 1934 nicht zu vergessen und der Opfer des Austro- und des Nazifaschismus zu gedenken.

Hauptredner des diesjährigen Gedenkens war Landtagspräsident Johann Hatzl, der sich mit dem Widerstand gegen die faschistischen Regime befasste und darauf hinwies, dass es auch heute wieder Entwicklungen

gibt, die besorgniserregend sind. Daher ist Wachsamkeit gegenüber den Gefahren von rechts geboten. Hatzl stellte auch fest, dass die Sozialdemokratie nach sechs Jahren wieder zur stärksten politischen Kraft unseres Landes geworden ist. Die ÖVP verträgt es nicht, dass sie eine Wahl verloren hat, und möchte die Realität als zweite Kraft im Lande nicht zur Kenntnis nehmen. Daher gibt es Schwierigkeiten bei den Regierungsverhandlungen, die aber in irgendeiner Form überwunden werden müssen. Allen-



mer eingemeißelt“

okratischen Freiheitskämpfer auf dem Wiener Zentralfriedhof statt



Foto: Freiheitskämpfer Oberstleutnant

Frauen, was sie empfanden, wenn sie wussten, dass andere zur Hinrichtung geführt wurden. „Was in uns vorgegangen ist, was wir uns vorgestellt haben – wo kann das stehen?“ Die Antwort ist: „Es muss für immer in uns eingemeißelt sein.“ Denn auch heute müsse den Vorurteilen, den Ausgrenzungen anderer entgegengetreten werden, und es sei auch nicht zu dulden, wenn ein Lopatka mit dem Hinweis, dass die SPÖ ihre Wahlwerbung in den USA und in Israel gekauft habe, offenbar mit einem immer noch latent vorhandenen Antisemitismus liebäugle. Mit Zivilcourage und Solidarität müsse Anfängen begegnet werden, damit aus ihnen nicht Ungeheuerliches und Entsetzliches erwächst.

Der Gedenkmarsch

wurde bei den Denkmälern für die Februar- und Spanienkämpfer mit der „Internationale“ beendet.

Eine weitere Gedenkveranstaltung fand am 18. November in Lackenbach statt, bei der der

Vorsitzende des Kulturvereins der Roma, Prof. Rudolf Sarközi, Vertreter der Burgenländischen Landesregierung und Bundeskanzler a. D. Franz Vranitzky die Gedenkreden für die ermordeten Roma und Sinti im „Zigeunerlager“ Lackenbach hielten.

An der Veranstaltung nahm eine Delegation der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer des Landesverbandes Wien teil. ■



Auch in Leoben gedachte man der Opfer des Nationalsozialismus: Fritz Inkret vor dem Mahnmal im Gärnerpark Links: Landtagspräsident Johann Hatzl beim Mahnmal für die Opfer des Faschismus in Wien

gericht und auf dem Schießplatz Kagran hingerichteten Frauen und Männer des Widerstandes sprach die Vizepräsidentin des Bundesrates, Anneli Haselbach. Sie

erinnerte vor dem Mahnmal an die mehr als tausend Menschen, die ermordet wurden, weil sie ihre Ideale nicht verrieten, Opfer

eines Terrorsystems, das alle seine Gegner physisch vernichten wollte. Aus den Schilderungen derer, die überlebt haben, können die Jüngeren und Jungen versuchen zu ermessen und zu begreifen, wozu unglaubliche Niedertracht fähig ist und wie menschliche Größe demgegenüber standhält.

Haselbach zitierte aus den Schilderungen überlebender

falls muss eine Minderheitsregierung eine neue Phase einleiten. Beim Mahnmal in der Gruppe 40 für die im Wiener Landes-

Simmerings Spanienkämpfer

Eine im November eröffnete Sonderausstellung „Lebenswege. Die Simmeringer Spanienkämpfer“ gab Auskunft über die 34 Männer aus dem Bezirk, die der Spanischen Republik zu Hilfe eilten. Einige mussten nach den Februarkämpfen 1934 als Mitglieder des Republikanischen Schutzbundes aus Österreich flüchten, andere kamen, nachdem sie nach der Zerschlagung der Sozialdemokratie und der Freien Gewerkschaften durch die Regierung Engelbert Dollfuß von der Justiz des autoritären „Ständestaates“ zu längeren Haftstrafen verurteilt worden waren.

Der älteste Kämpfer war der Arbeiter des Simmeringer Gaswerks Michael Skrinar (geboren am 16. 7. 1894), als jüngster Simmeringer Freiwilliger kämpfte der Tischlergehilfe Robert Zwerina (geboren am 3. 7. 1914). Acht von ihnen sind in diesem Kampf gefallen, gelten als vermisst oder sind wie der Schneidergehilfe Franz Limbeck durch die Torpedierung seines Schiffes vor der spanischen Küste ertrunken.

Nach der Niederlage der Spanischen Republik gerieten mehrere Simmeringer Spanienkämpfer während ihrer Anhaltung in französischen Lagern in die Fänge der Gestapo.

Neun von ihnen verbrachten lange Jahre als Häftlinge im KZ Dachau, drei wurden von Dachau in das KZ Buchenwald überstellt und drei mussten ihre Leidensjahre in mehreren nationalsozialistischen Konzentrationslagern (Dachau, Lublin-Majdanek, Auschwitz, Mauthausen und Nebenlager) erdulden, ehe für sie 1945 die Stunde der Befreiung schlug. Vier Simmeringer Spanienkämpfer erlebten ihre Befreiung nicht. Sie sind in den Konzentrationslagern Groß-Rosen und Dachau zu-



Dieses Flugblatt verteilten 1936 die illegalen „Roten Falken“ in Österreich

grunde gegangen. Zwei, die Brüder Johann und Leopold Dittrich vom Anton-Schrammelhof in der Kopalgasse, sind im Kampf als Aufklärer der Roten Armee ums Leben gekommen.

Nicht unerwähnt bleibe jedoch auch die Problematik von kommunistischen Kaderbeschreibungen, wie wir sie etwa am Beispiel von Theodor Malcher aus Simmering sehen. Im schroffen Gegensatz zur positiven Beurteilung in Spanien 1938 verdächtigte der deutsche kommunistische Spanienkämpfer Gustav Szinda in seiner Beurteilung für die Kaderabteilungen der Komintern in

Moskau 1940 Theodor Malcher als Gestapoagenten. Theodor Malcher befand sich im KZ Groß-Rosen und starb dort am 16. Oktober 1942.

Trotz der austrofaschistischen Diktatur kam auch in Österreich die Solidarität mit der kämpfenden Spanischen Republik in Aktionen und Geldsammlungen zum Ausdruck. So gestalteten Mitglieder der Revolutionären Sozialistischen Jugend am Jahrestag des Franco-Putsches Solidaritätskundgebungen im großen Ausmaß. Darüber berichtete die illegal nach Österreich gebrachte „Arbeiter-Zeitung“ unter anderem:

„An einzelnen dunklen Plätzen wurden rote Feuer entzündet und in den Straßen tausende Streuzettel mit drei Pfeilen verteilt.“

Die Aktionen fanden lebhaften Widerhall, am eindrucksvollsten in der Lobau und im Inundationsgebiet. Der Ständestaat ging mit Verwaltungsstrafen und sogar mit Entlassungen von Straßenbahnern gegen die „Täter“ vor.

Auch in Simmering finden sich Spuren zu dieser Solidaritätsbereitschaft. Im ehemaligen Gasthaus „Zur Republik“ in der Lorystraße 40 arbeitete der Kellner Josef Hos (geb. 1899). Nach dem Februar 1934 ein aktiver Mitarbeiter des „Autonomen Schutzbundes“, hatte er zur Tarnung für seine illegale Tätigkeit einen „Verein der Schwammerlsucher“ gegründet. Bei einer Hausdurchsuchung fand die Schuschnigg-Polizei in einer zusammengefalteten Landkarte 10 Stück Kampffondsmarken für Spanien. Hos wurde vorübergehend festgenommen. 1938 fiel er in die Hände der Gestapo. Er ging nach Jahren der Haft am 10. Juli 1942 im Gefangenenlager Elberregulierung zugrunde.

In der Simmeringer Waggonfabrik kam es im Spätfrühling 1938 zu einer Sammlung von Geldspenden für die Spanienkämpfer. Am 24. Februar 1939 wurde der Initiator dieser Sammlung, der Anstreichergehilfe Franz Mirtl, verhaftet.

Er wurde zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, kam 1942 in eine Strafkompagnie der deutschen Wehrmacht nach Afrika und kehrte nach drei Jahren in amerikanischer Gefangenschaft im August 1946 wieder nach Simmering zurück. ■

Herbert Exenberger
(Auszug aus der Rede zur Eröffnung der Ausstellung)

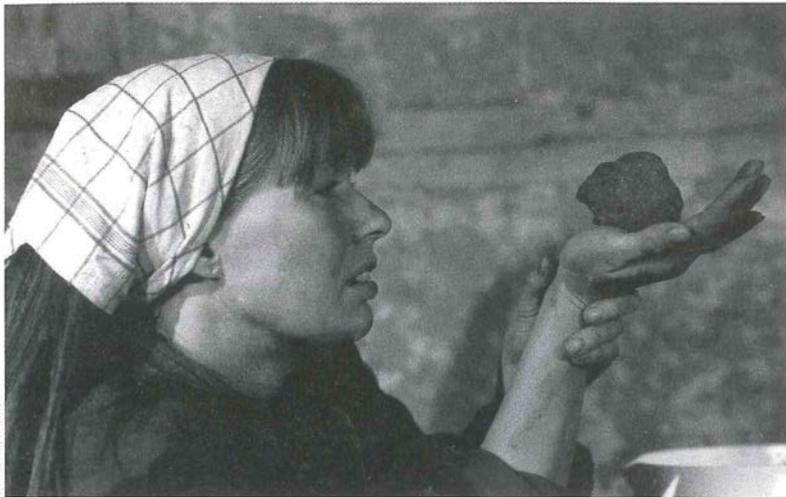


Foto: Tändera Theater

Szene aus „1944 – Es war einmal ein Drache“

Weihnachten im Frauen-KZ Ravensbrück

Das Tändera Figurentheater brachte am 13. und 14. Dezember im Hamburger Fundus Theater das Stück „1944 – Es war einmal ein Drache“, eine freie Umsetzung der Erzählung von Bodo Schulenburg und Leo Haas über Weihnachten 1944 im Frauenkonzentrationslager Ravensbrück, zur Aufführung.

Diesem Spiel liegt das Gesamtkonzept „Schritte gegen Gewalt“ zugrunde, dessen pädagogische Zielsetzung es ist, zunehmender Radikalisierung und Gewaltbereitschaft Einhalt zu gebieten.

Das Theaterstück ist für Kinder ab 12 Jahren und Erwachsene konzipiert und beschäftigt sich mit den Bemühungen der weiblichen Häftlinge des KZ Ravensbrück, den Kindern, deren ungewisse Zukunft ihnen bewusst war, eine Weihnachtsfeier zu gestalten und ihnen in ihrem kurzen Leben ein wenig Geborgenheit zu vermitteln.

Rosa Jochmann berichtete 1987 in einem Interview über Weihnachten 1944 in Ravensbrück. Sie sprach davon, wie die Frauen von den Außenarbeiten Tannenzweigen und

Kerzen mitbrachten und ihnen ihr kleiner Adventkranz beinahe zum Verhängnis wurde, weil sie zu spät reagierten und die Aufseherin Zimmer (die später hingerichtet wurde) den Kranz hinterdeckte. Jedoch sie hatten Glück, Rosa berichtet wörtlich: „... dann, dann is die kumma, aber die hat so hingschaut, aber die hat nix gsagt, die Zimmer, die hat nix gsagt ... Sie war irgendwie a Mensch, irgendwie, wann in Wirklichkeit wars' sehr wenig ansprechbar, aber in der Situation, Weihnachten war und wir san eh eingesperrt, und jetzt ham sie si so a klans Kranzerl daher gmacht und a Kerzen hamma a ghabt, da hab i ja heut die Verschlussmarken davon von der Kerzen ...“

In einem von Rainer Mayerhofer geführten Gespräch anlässlich ihres 80. Geburtstags berichtet Rosa auch über die Tage vom 24. bis 26. Dezember 1943. Damals mussten die Häftlinge – Frauen wie Kinder – wegen einer verstopften Kläranlage von früh bis 8 Uhr abends regungslos in der Kälte ausharren. Das Geheul der Sirenen war das Signal für die Beendigung der täglichen Tortur. Bis 26. Dezember gab es für die

durchgefrorenen Menschen nichts zu essen. Nur für die vor Kälte erstarrten Kinder hatten die Frauen bescheidene, heimlich gehortete Essensvorräte. Rosa Jochmann erwähnt in diesem Interview: „Es ist keine Kerkermauer zu hoch und kein elektrischer Draht zu dicht, dass Menschen, die dahinter sind, sich nicht irgendwie helfen ... Für die Kinder jedenfalls haben wir dann noch irgendwie, irgendwo etwas gefunden.“ Von den 400 1944 inhaftierten Kindern überlebten kaum hundert Kinder die Hölle des KZ Ravensbrück. Mit zehn von ihnen war Rosa Jochmann 1981 noch in Verbindung.

Der 1938 vor den Nationalsozialisten zunächst in die Schweiz geflüchtete, spätere Aggressionsforscher und Begründer der Sigmund Freud-Gesellschaft, Friedrich Hacker, meinte: „Gewalt ist einfach. Alternativen zur Gewalt sind komplex.“ Eine gute Alternative zur Gewalt stellt der Versuch dar, Kinder und Erwachsene über die emotionale Ebene von der Notwendigkeit des toleranten Umgangs und der Gewaltfreiheit zu überzeugen.

Das Theaterstück „1944 – Es war einmal ein Drache“ ist ein wichtiger Beitrag zur Bewusstwerdung.

Edith Krisch

„Bombe“ – von wem?

In unserer Septemerausgabe brachten wir einen aktuellen Bericht über einen mutmaßlichen Sprengsatz, der vor dem Lokal der Muslimischen Jugend Österreichs (MJÖ) in der Märzstraße hinterlegt worden war. Da dem mit Gaskartuschen gefüllten Paket ein braunes Klebeband mit der Aufschrift „4. Juli 1926, Weimar“ beigegeben war (das Datum des Nazi-Parteitag, an dem die Hitlerjugend gegründet wurde), lag die Vermutung nahe, die Täter in rechtsextremen Kreisen zu suchen. Inzwischen hat sich jedoch herausgestellt, dass es sich um eine Aktion einer kleinen, eher islamistischen Konkurrenz-Jugendgruppe handeln dürfte. Im November wurde die Mauer des im Aufbau befindlichen islamischen Friedhofs in Liesing mit großen schwarzen Kreuzen bemalt. Der Integrationsbeauftragte der Islamischen Glaubensgemeinschaft, SPÖ-Gemeinderat Omar Al-Rawi, erklärte dazu, diese Friedhofschändung – schon die zweite an diesem Ort – sollte nicht als Lausbubenstreich betrachtet werden. Die Täter sind bisher unbekannt geblieben.



Jost-Gedenken

Zum Gedenken an Grete Jost, die am 15. Jänner 1943 wegen ihrer Widerstandstätigkeit im Wiener Landesgericht hingerichtet wurde, treffen einander Angehörige und Freunde am 17. Februar 2007 um 14 Uhr bei der Gedenktafel Wien 3, Baumgasse 39–41.

Die Gedenkrede hält ein Kampfgefährte Grete Josts, Prof. Alfred Ströer.

Gedenkstätte Bergen-Belsen

Bergen-Belsen diente während der NS-Herrschaft erst als Kriegsgefangenenlager „Stalag 311 (XI C)“, ab April 1943 als „Aufenthaltslager für Juden“. Insgesamt starben an diesem Ort etwa 50.000 KZ-Häftlinge und 20.000 vor allem sowjetische Kriegsgefangene. Bergen-Belsen ist untrennbar mit dem Namen Anne Frank verbunden, deren Odyssee von Westerbork über Auschwitz nach Bergen-Belsen führte, wo sie (vermutlich) im März 1945 an Typhus verstarb.

1966 kam es zur Eröffnung des Dokumentenhauses mit ei-

ner Ausstellung zur Geschichte des KZ, 1990 wurde diese erweitert und neu gestaltet. Die Verantwortung dafür lag beim Land Niedersachsen. Wer heute die Gedenkstätte in der Lüneburger Heide besucht, sieht rege Bautätigkeit. Möglich ist dies durch den Einsatz von Bundesmitteln, denn im Jahr 1998 hat der Deutsche Bundestag die grundsätzlichen Aufgaben der KZ-Gedenkstätten in der deutschen Erinnerungskultur verankert. Drei stehen im Vordergrund: das Gedenken an die Opfer bewahren, dokumentieren und Forschung betreiben sowie Bildung und

Aufklärung vermitteln. Seit dem Jahr 2000 erhält die Gedenkstätte Bergen-Belsen, wie andere KZ-Gedenkstätten von internationaler Bedeutung, für ihre Tätigkeit Bundesmittel. In dem neuen Dokumentationszentrum soll die Geschichte Bergen-Belsens nun umfassend erzählt werden: Die gleichzeitige Existenz von Konzentrationslager und Kriegsgefangenenlager an einem Ort, das Massensterben in einem Konzentrationslager, bei dessen Errichtung einigen tausend Juden in zynischer Weise die Rettung vor systematischem Völkermord in Aussicht gestellt

worden war, sowie die Entstehung eines Lagers für Überlebende der Konzentrationslager (DP-Camp) unmittelbar neben einem ehemaligen KZ.

Mehr als 60 Jahre nach der Befreiung des Konzentrationslagers Bergen-Belsen – nach einer langen Phase der Verdrängung und Zerstörung des Gedächtnisses am historischen Ort – soll Bergen-Belsen durch diese Maßnahmen fest in den Prozess der Gedächtnisbildung eingebunden werden. Im September 2007 wird das neue Dokumentationszentrum eröffnet.

Gerald Netzl

„Leben und überleben“

Am 27. November wurde von Nationalratspräsidentin Barbara Prammer und Nationalratsabgeordneter Gabriele Heinsch-Hosek im Parlament das Buch „Leben und überleben – Frauen erzählen vom 20. Jahrhundert“ (Böhlau Verlag) vorgestellt.

Die Autorin Elisabeth Welzig veröffentlicht darin 26 Interviews aus den Jahren 2002 und 2003, die sie damals mit den Sozialdemokratinnen Lia Androsch, Antonia Bruha, Franziska Fast und anderen geführt hatte; aber ebenso publiziert sie die Lebensgeschichten von Kommunistinnen, einer Sinti-Frau, einer slowenischen Bäuerin, einer Altäbtissin, und sie porträtiert Jüdinnen und Frauen mit nationalsozialistischer Vergangenheit.

Die aus unterschiedlichen Milieus stammenden Frauen – die jüngste von ihnen war zum Zeitpunkt des Interviews 75 und die älteste 101 Jahre alt – berichten in diesem Buch, wie sie die wechselvolle Geschichte des



Abgeordnete Heinsch-Hosek und NR-Präsidentin Barbara Prammer bei der Präsentation

20. Jahrhunderts erlebt und gemeistert haben.

Gabriele Heinsch-Hosek zitierte bei der Vorstellung der Autorin aus dem Buch den von Maria Cäsar stammenden Satz: „Aus der Stellung der Frauen kann man erkennen, wie eine Gesellschaft ist“ und Franziska Fasts Aussage: „Ich habe immer gesagt: Jeder hat das Recht auf seine Meinung, aber ich auch“. Weitere Rednerinnen bei

dieser Buchpräsentation waren Freda Meissner-Blau, Christine von Kohl und Maria Cäsar.

Bei dieser Gelegenheit sei auf das im Jahr 2005 im echomedia verlag erschienene Buch „Aus der dunklen in eine helle Zeit“ hingewiesen. Für diese Publikation wurden von 57 – fast ausschließlich jungen – Frauen die Lebensgeschichten von 65 Frauen aus dem Zeitraum 1945–1955 dokumentiert.

Diese Interviews boten mehreren Frauengenerationen die Chance, in einem „Generationendialog“ Einblick in Lebenssituationen, wie sie unterschiedlicher nicht sein könnten, zu erhalten. Restexemplare dieses Bandes sind in der Buchhandlung Löwelstraße, Telefon: 01/534 27 323, E-Mail: buchhandlung@spoe.at, zum Preis von 23,10 Euro erhältlich.

Edith Krisch

Erinnerung an Ferdinand Hanusch

Im Oktober 1917 genehmigte Kaiser Karl die Errichtung eines Ministeriums für soziale Fürsorge. Erster Ressortchef wurde der frühere Handelsminister Viktor Mataja, dem als Wirtschaftsliberalen wenig Verständnis für die sozialen Nöte der Familien, deren Männer an der Front standen, zuzutrauen war. Ein Jahr später wurde er vom christlichsozialen Prälaten Ignaz Seipel (dem nachmaligen Bundeskanzler) abgelöst, aber kaum eine Woche danach, am 30. Oktober 1918, übernahm der Sozialdemokrat Ferdinand Hanusch das „deutschösterreichische Staatsamt für soziale Fürsorge“.

Ferdinand Hanusch wurde am 9. November 1866 in ärmsten Verhältnissen in Oberdorf/Horní Ves, Bezirk Troppau/Opava



Foto: „Die Arbeiter von Wien“/I&V Verlag

Ferdinand Hanusch (1866–1923)

(Österreichisch-Schlesien, heute Tschechien), geboren. Um 1900 machte er als Generalsekretär die Textilarbeitergewerkschaft zu einer schlagkräftigen Organisation und war ab 1907 bis zu seinem Tod Abgeordneter, zunächst im Reichsrat und später im Nati-

onalrat. Er hat das Fundament für eine Sozialpolitik gelegt, auf deren Konzept wir noch heute aufbauen. Er kann zu Recht als der Vater der Sozialversicherung und des modernen Arbeitsrechts gelten. In die kurze Zeit seiner Ministerschaft fallen die Gesetzesbeschlüsse über den Achtstundentag, die Betriebsräte, den Arbeiterurlaub und die Kollektivverträge, um nur einige zu nennen. Der Verlust des Einkommens durch Arbeitslosigkeit wurde erstmals durch einen Rechtsanspruch auf eine Versicherungsleistung und nicht mehr durch Fürsorge mit Almosencharakter ausgeglichen.

Hanusch stand mit der Kraft seiner ganzen Persönlichkeit nicht nur für die Bekämpfung der Armut und des Elends der Arbeiter, sondern auch für einen hohen ethischen Anspruch. Humanität

und Toleranz sowie Respekt vor dem Andersdenkenden waren die Grundlagen seines Handelns. Er war aber auch ein guter Taktiker und kluger Verhandler, konzipiant, jedoch prinzipientreu. Es war sein persönliches Verdienst, eine gute Gesprächsbasis mit seinem „Gegner“, dem Industriellen Trebitsch, gefunden und sich mit ihm über die sozialpolitischen Reformen verständigt zu haben.

Am 22. Oktober 1920, mit dem Zerschlagen der Koalition, wurde das Ressort vom Christlichsozialen Josef Resch übernommen. Ferdinand Hanusch, 1921 Direktor der Wiener Arbeiterkammer, starb allzu früh am 28. September 1923. Von den Früchten seiner Tätigkeit – auch im Sinne der Sozialpartnerschaft – zehren wir noch heute.

Ingrid Nowotny

Hans Mayr bleibt unvergessen

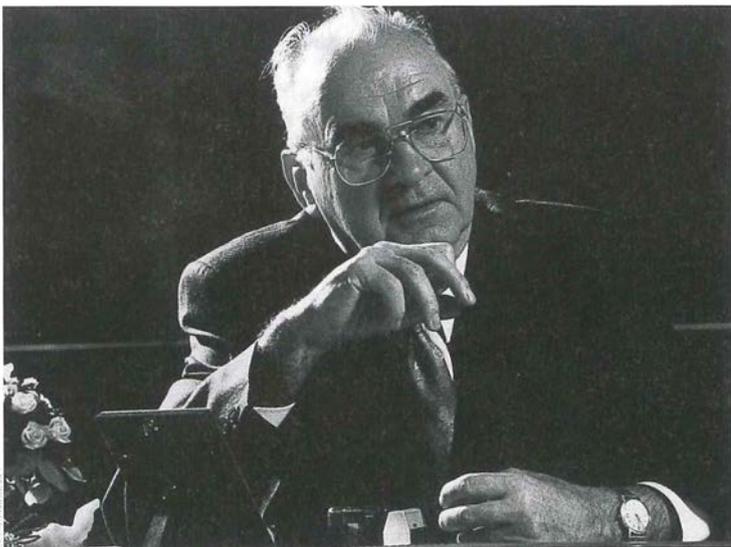


Foto: Halbner

Vizebürgermeister und Wiener SPÖ-Vorsitzender Hans Mayr

Hans Mayr, ein Politiker, der aus der Geschichte der Zweiten Republik nicht wegzudenken ist, ist am 25. Oktober, nach längerem Leiden, verstorben. Damit verliert

die Sozialdemokratie einen bedeutenden Spitzenpolitiker, der besonders in der österreichischen Wirtschaftspolitik während dreier Jahrzehnte eine wichtige Rolle gespielt hat. Sein

Lebenslauf, verkürzt dargestellt, beginnt 1945, als er als Siebzehnjähriger in die Sozialistische Jugend eingetreten ist. Ab 1949 wirkte er in der SPÖ Fünfhaus als Sektionsleiter und von 1971 an als Bezirksvorsitzender. 1963 wurde er in den Gemeinderat gewählt. Von 1971 bis 1973 war Hans Mayr Abgeordneter zum Nationalrat. Leopold Gratz holte nach seiner Wahl zum Bürgermeister Hans Mayr in den Stadtsenat. Dort arbeitete er im Interesse Wiens in der Finanz- und Wirtschaftspolitik bis zu seinem Ausscheiden im Jahr 1994.

Als einer, der seinen politischen Weg von Anfang an miterlebt und zum Teil auch begleitet hat – wir trafen uns beim ersten „Ersten Mai“ im Jahre 1945, der damals nach der Befreiung in

den Bezirken begangen wurde, und später in den Bereichen der Sozialistischen Jugend und auch in der Partei und im Gemeinderat waren wir gemeinsam tätig – kann ich sagen: Hans Mayr war ein grundsatztreuer Sozialist, der demokratische Auseinandersetzungen um die Meinungsbildung innerhalb und außerhalb der Partei nicht scheute. Er kämpfte für seine Auffassungen und war auch bereit, vernünftige Kompromisse zu schließen. Hans Mayr war aber auch ein engagierter Antifaschist von allem Anfang an. Er unterstützte die Aktivitäten des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer in allen seinen Funktionen und wir können heute sagen, dass wir auch einen treuen Genossen aus unseren Reihen verloren haben. Wir werden ihn nicht vergessen.

Ernst Nedwed

„Schlagende“ verbieten?

Im Steirischen Landtag wurde von den SPÖ-Abgeordneten Johannes Schwarz, Ilse Reinprecht, Martina Schröck und Gerhard Rupp am 16. November ein Antrag eingebracht, in dem das Verbot schlagender Verbindungen sowie verstärkte Kontrolle der Wiederbetätigung geordert wird.

„Leider gibt es immer wieder öffentliche Aussagen von Personen, die entweder nationalsozialistische Wiederbetätigung darstellen oder zumindest knapp an die Grenze dieses Tatbestandes heranführen“, heißt es in der Begründung des Antrags. „Oft stehen diese Personen im Naheverhältnis zu schlagenden Studentenverbindungen. Rechtlich besonders bedenklich erscheinen Verbindungen wie der Pennäler Ring, wo Minderjährige im Zusam-

menhang mit der vorsätzlichen Körperverletzung durch das Mensurfechten auftreten.

Es ist jedenfalls sehr bedenklich, dass diese diversen Vereinigungen oder deren Homepages die Jugend mit einem nicht zeitgemäßen Menschenbild indoktrinieren. Ob es rechtliche Ansätze für das Verbot schlagender Verbindungen unter Beteiligung von Volljährigen gibt, wäre ernsthaft zu überprüfen.

Im selben Zusammenhang sollte auch das Verbotsgesetz entsprechend angepasst bzw. dessen Vollziehung verschärft werden. Die FPÖ/BZÖ-Regierungsbeteiligung hat zum Beispiel in vielen Forschungseinrichtungen des Bundes schlagende Burschenschafter in verantwortungsvolle Positionen gebracht, die in ihren Aussagen haarscharf an der Wiederbetä-

tigung vorbeischrannen. Eine Vollziehung der strengen Kontrollen der rechtsradikalen Szene – wie sie zu den unseligen Zeiten des Briefbombenterrors in Österreich stattgefunden hat – müsste wieder einsetzen.“

In dem Antrag wird die Landesregierung aufgefordert, von der Bundesregierung entsprechende Schritte zu verlangen.

Die SPÖ-Jugendspreeherin

Elisabeth Grossmann begrüßte den Antrag und forderte, das Ansprechen von Jugendlichen durch Burschenschaften unter Strafe zu stellen und zumindest die Teilnahme an den schlagenden Riten aus Jugendschutzgründen zu verbieten.

FPÖ-Vorsitzender Heinz Christian Strache fand dieses Ansinnen „völlig absurd“. Er selbst schwingt in der

„Vandalia“ den – allerdings stumpfen – Säbel. BZÖ-Generalsekretär Gerald Grosz meint, wenn 16-Jährige wählen dürfen, müsse man sie auch entscheiden lassen, ob sie eine Mensur fechten wollen. Solche Verbote seien demokratiegefährdend. Der steirische ÖVP-Obmann Christopher Drexler findet: „Vereine, die einem politisch nicht passen, einfach zu verbieten, ist nicht intelligent.“

Seitens der FPÖ wurde auf die Burschenschafter-Traditionen seit 1848 hingewiesen. Als fragwürdigstes Argument wurde angeführt, dass Hitler die Burschenschaften aufgelöst und in den Deutschen Studentenbund eingegliedert habe – so als ob nicht bekannt wäre, dass gerade in diesen Vereinigungen viele illegale Nazi-Heime waren. ■

Mainoni plaudert aus der Schule

Der Staatssekretär im Infrastrukturministerium Eduard Mainoni (BZÖ), der in seiner Amtszeit wenig zu sagen hatte, meldete sich an ungewöhnlicher Stelle zu Wort: in einer kürzlich erschienenen Studie über „Diskursstrategien im Rechtspopulismus“ (erschienen im VS-Verlag) des Sozialwissenschaftlers Oliver Geden von der Berliner Humboldt-Universität. Mainoni räsoniert über die Regierungszeit der FPÖ, er spricht offen über seine Parteifreunde, seinen Koalitionspartner und über die Strategie seiner Partei. Es sollte eigentlich nur ein Gespräch für eine politologische Forschungsarbeit über Rechtspopulisten werden, das da im Jänner 2004 aufgezeichnet wurde. Aber im

Wahlkampffinale lieferte er damit ein hübsches Stück Zeitschichte, Oral History aus den Eingeweiden der FPÖ, wenn man so will.

So erfährt man die wahren Hintergründe über die angeblich großzügigen, historischen Gesten dieser Regierung, die doch nur aus Eigennutz gesetzt wurden. In Wahrheit sei es nämlich so gewesen: Im Jahr 2000, als Österreich wegen der Regierungsbeteiligung der FPÖ am internationalen Pranger stand und Israel seinen Botschafter abzog, da setzten sich Vertreter von ÖVP und FPÖ an einen Tisch und diskutierten über die Entschädigung der NS-Zwangsarbeiter.

O-Ton Mainoni: „Da haben sich die ÖVP und die Freiheitlichen, ich selbst war da nicht

dabei, zusammengesetzt und überlegt: Okay! Wie viele Milliarden kostet uns das? Und dann haben wir das gemacht. Damit haben wir auch den Rücken frei gehabt gegenüber den jüdischen Organisationen.“ Mainoni sagt wörtlich: „Da haben wir uns eingekauft.“ Die FPÖ, das gibt er auch offen zu, habe nämlich zuvor ganz bewusst in der Alt-nazi-Klientel gefischt: „Natürlich schielten wir da nach Sympathien bei gewissen Wählerkreisen, aber die sterben uns ohnehin schon alle weg.“

Ähnlich „strategisch“ auch das Kalkül in der Ausländerdebatte, die ganz bewusst angeheizt wurde, um neue Wählerschichten zu mobilisieren. Mainoni: „Was ist der Hintergrund? Es ist die Angst der Menschen,

der Österreicher vor dem Verlust der eigenen Identität. Alle politischen Parteien, sogar ein Teil der Wirtschaft, funktionieren über die Angst, über das Geschäft mit der Angst.“ Die FPÖ erkannte: „Wenn wir das in Österreich zum Thema erheben, haben wir Sympathien, haben wir eine Wählerklientel, die zutiefst verunsichert ist. Nicht umsonst haben wir ja auch die Volksbegehren gemacht. Das war genau in dem Umbruch von der Yuppie-Gruppe hin zu den Massenwählern ... Wir wussten, dass es schon immer funktioniert hat. Es funktioniert im täglichen Gespräch, wenn man hört, es ist ein Unbehagen da, wenn eine Frau mit einem Kopftuch herumläuft. ... Wir haben uns damit profilieren können.“ ■

Grabstein mit Hakenkreuz



Foto: Freiheitskämpfer Graz

Die Familie will den Grabstein für den Juliputschisten nicht verändern

verbotenen Organisation öffentlich weder getragen noch zur Schau gestellt, dargestellt oder verbreitet werden dürfen. Eine Anzeige nach diesem Bundesgesetz wurde erstattet. Unabhängig davon, ob das Verwaltungsstrafverfahren eine Entfernung des Grabsteins zur Folge hat oder nicht, muss es im Interesse der Stadt Graz sein, jede Art von NS-Symbolik im öffentlichen Raum ausschließlich unter Beigabe einer kritisch-aufklärenden Information zuzulassen.

Auf dem Grazer Zentralfriedhof befindet sich das Grab des beim Nazi-Putschversuch am 27. Juli 1934 gefallenen SA-Sturmbannführers Hans Tita Probst. Der Grabstein würdigt den Verstorbenen mit einem Hakenkreuz und dem Satz „Er fiel für Großdeutschland“. Hakenkreuz und Inschrift glorifizieren an dieser Stelle somit seit 68 Jahren die Nazi-Gewalt.

Auf diesen untragbaren Zustand wurde in den vergangenen

Jahrzehnten schon mehrmals aufmerksam gemacht. 1988 wurde der Grabstein verklebt, die Verklebung allerdings wieder entfernt. 2002 haben die Grazer Grünen die Entfernung des Hakenkreuzes gefordert und mit der Friedhofsverwaltung, der Diözese, Kontakt aufgenommen.

Diese verlautbarte aber lediglich, dass ohne Einwilligung der Familie nichts zu machen sei. Jüngst hat der für seinen politisch kritischen Aktionismus

bekannte deutsche Künstler Wolfram P. Kastner mit der Anbringung einer Informationstafel am Grabstein neuerlich Aufsehen um das Grab erregt und die Diskussion um die offenkundige NS-Huldigung mitten in der Stadt Graz reaktiviert.

Nach Auskunft des DÖW fällt die Anbringung des Hakenkreuzes auf dem Grabstein unter das Abzeichengesetz, demzufolge Abzeichen, Uniformen oder Uniformteile einer in Österreich

Für den steirischen Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer, Mag. Albert Kaufmann, könnte der Grabstein die Reputation von Österreich und Graz schwer schädigen. Daher haben die Fraktionen der Grünen und der SPÖ im Gemeinderat den Antrag gestellt, die zuständigen Stellen des Magistrat Graz mögen zu einem Weg finden, dass dem betreffenden Grabstein eine adäquate Form einer kritisch reflektierten Information beigelegt wird. ■

Abschied von Kurt Horak



Foto: ÖGB-Verlag

Kurt Horak

Ein Gewerkschafter und engagierter Antifaschist ist Ende Oktober nach einer kurzen, schweren Krankheit verstorben. Als langjähriger Mitarbeiter der FSG-Monatszeitschrift schrieb er auch diesmal noch in der Oktobernummer von FSG-direkt die letzte seiner regelmäßigen Kolumnen unter dem Titel „Standpunkt“, wo er sich mit dem Ergebnis der Nationalratswahl, bei der Schlüssel und seine Rechtskoalition eine Niederlage eingefahren hat, befasste. Seine Kolumnen waren fast immer der

Auseinandersetzung mit der Gefahr von rechts gewidmet und er war besonders engagiert seit den Zeiten, als er in der GPA, noch gemeinsam, mit Hindels und Dallinger, tätig gewesen ist. Er war Jugendvertrauensrat, Bundesjugendobmann der Gewerkschaft der Privatangestellten sowie eine Zeit lang pädagogischer Leiter des Bildungsheims im Anton-Hueber-Haus und dann auch kurz im Bildungsheim Neuwaldegg. Ab Mitte der sechziger Jahre wirkte er als Jugend- und Bildungssekretär in der Gewerk-

schaft der Chemiarbeiter und war jahrzehntelang journalistisch in der Gewerkschaftspresse aktiv. Ab 1971 war er als Nachfolger von Sepp Wille leitender Redakteur der „Welt der Arbeit“ (FSG). Ab 1989 war er auch Chefredakteur der Zeitschrift „Arbeit und Wirtschaft“. Als rote Linie zog sich durch seine Tätigkeit seine klare antifaschistische Haltung, die er mit seinen Freunden aus der Gewerkschaft und den Sozialdemokratischen Freiheitskämpfern teilte. Er bleibt unvergessen. E.N.

Strache sammelt die Ewiggestrigen

Es gibt eine Partei im österreichischen Parlament, deren Exponenten deutschnationalem Gedankengut nachhängen und den antifaschistischen Grundkonsens der Republik in Frage stellen“, führte Wiens SPÖ-Landespartei sekretär Harry Kopietz jüngst aus aktuellen Anlässen aus.

„**Strache, Stadler, Mölzer und Co** sind ein einziges Sammelbecken der Ewiggestrigen.“ Seit der Übernahme des Vorsitzes durch Heinz Christian Strache seien in der FPÖ personelle Weichenstellungen hin zu einer „Kadertruppe“ der „neuen Rechten“ vorgenommen worden.

In Straches Team seien zahlreiche Angehörige der Burschenschaft Olympia vertreten, die den 2005 verurteilten Holocaust-Leugner David Irving zu einem Vortrag nach Wien luden. Einer dieser „Olympen“ ist der Wiener Gemeinderat Harald Stefan, der jüngst aus Anlass des in der Leopoldstadt vorgesehenen Objekts „Steine der Erinnerung“ eine Mahnmal-„Inflation“ beklagt hat. Der neu ins Parlament eingezogene Kärntner FP-Abgeordnete Wolfgang Zanger sprach von „guten Seiten“ des Nationalsozialismus.

Der Universitätsrat Gerhard Pendl wettete am Grab des Jagdfliegers Walter Nowotny von den „Gutmenschen, die die Toten nicht in Ruhe lassen“. Und auf den Posten eines nicht amtsführenden Stadtrats in Wien ist jener Johann Herzog vorgerückt, der in der Öffentlichkeit als Proponent gegen die Aberkennung des Wiener Ehrengrabs für Walter Nowotny bekannt geworden



Harry Kopietz

ist. Ein besonders „schillerndes Beispiel an Gesinnung“ liefere der FPÖ-Parteivorsitzende selbst ab, sagte Kopietz.

„Als Mitglied der Burschenschaft ‚Vandalia‘ mit dem bezeichnenden Motto ‚Deutsch, einig, treu – ohne Scheu!‘ hat sich Strache selbst aktiv ins Korporierten-Leben eingebracht.“

Auch habe er seinen Parteikollegen Ewald Stadler verteidigt, als dieser sich bei der Sonnwendfeier am Wiener Kobenzl 2002 mit dem Wort von der „angeblichen Befreiung“ Österreichs 1945 hervortat.

Die jährliche „Heldenehrung“ der national-freiheitlichen Burschenschaften am 8. Mai, dem Tag der Kapitulation Hitler-Deutschlands, bezeichnete Strache als „moralisch wertvoll“ und ließ es sich nicht nehmen, 2004 dort die „Totenrede“ zu halten. Die FPÖ erweise sich so immer wieder als Sammelbecken der Ewiggestrigen, die einem inakzeptablen „Geschichtsrevisionismus“ huldigen.

„Für diese demokratiepolitisch bedenkliche Gesinnung darf es in unserer Gesellschaft keinen Platz geben“, schloss Kopietz.

Professor Pendls Grabrede-Skandal

Die Medizinische Universität Wien stellte den Antrag auf Abberufung ihres Universitätsrats Gerhard Pendl mit folgender Begründung: „Die Medizinische Universität Wien musste mit Betroffenheit zur Kenntnis nehmen, dass ein Mitglied ihres Universitätsrats sich nicht nur zu einer Grabrede für den vom NS-Regime hochdekorierten Luftwaffenoffizier Walter Nowotny hergegeben, sondern dabei sich und die am Grabe Anwesenden gelobt hat, es sei ‚unsere Pflicht, gegen die seelischen Narben der Gutmenschen, die auch die Toten nicht in Ruhe lassen, aufzuzeigen, dass es doch noch ein Fähnlein gibt in diesen deutschen Landen, die unsere unschuldigen Soldaten und ihren furchtbaren Tod nicht vergessen oder gar herabwürdigen‘. Damit nicht genug bezeichnete er politische Gegner dieser Weltanschauung als ‚RAF-Sympathisanten‘, ‚Generation der Widersacher der Kriegsgeneration‘ sowie ‚Generation der Zivildienstler und Störer der Totenruhe‘.“

Die Medizinische Universität Wien distanziert sich nicht nur von ihrem Universitätsrat Gerhard Pendl und seinen jüngsten Aussagen, sie ersucht vielmehr um Entschuldigung bei jenen, die sich durch diese Aussagen verletzt fühlen müssen. Univ.-Prof. Gerhard Pendl ist im Februar 2003 von der österreichischen Bundesregierung – auf Vorschlag der Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur – zum Universitätsrat bestellt worden. Seine die Zeit des Nationalsozialismus glorifizierende Einstellung war allgemein bekannt. Daher hat die Medizinische Universität Wien diese Bestellung damals mit Bestürzung und Sorge zur Kenntnis genommen, insbesondere da es ihr in den Jahren davor

sukzessive gelungen ist, sich zu ihrer dunklen politischen Vergangenheit in den Jahren 1938–1945 zu bekennen und Maßnahmen des Gedenkens an die während dieser Zeit von der Universität vertriebenen Lehrer und Studierenden sowie der Würdigung der Opfer zu setzen. Angesichts der jüngsten Äußerungen von Gerhard Pendl betrachtet die Medizinische Universität Wien ihn als Universitätsrat untragbar.“

Bundesministerin Elisabeth Gehrler konnte nicht umhin, dem Antrag stattzugeben. Pendls Bestellung war offenbar eine der zahlreichen Personalbesetzungen, mit denen die Regierung Schüssel ihrem Koalitionspartner entgegenkam.

Der Vorsitzende der FPÖ Heinz Christian Strache hat gegen Pendls Enthebung protestiert. ■

30 Jahre Bruno Kreisky Preis

Zu seinem 65. Geburtstag (1976) verzichtete Bruno Kreisky auf Geschenke aus dem Kreis der SPÖ. Anton Benya und Leopold Gratz entwickelten dafür die Idee einer Stiftung für Verdienste um die Menschenrechte, die den Namen Kreiskys tragen sollte. Seither wurde der Bruno Kreisky Preis für Verdienste um die Menschenrechte, beginnend mit Oktober 1979, alle zwei Jahre an bisher mehr als 120 Persönlichkeiten und Institutionen aus aller Welt verliehen. Zum 30. Jahrestag veröffentlichte die Bruno Kreisky Stiftung eine Broschüre, die auf die Entwicklung dieser Idee eingeht und sämtliche bisher bedachten Ausgezeichneten würdigt.



SP Kärnten gegen das Vergessen

Nachdem sich die SS-Führung 1943 zur Durchführung eines Tunnelbaus im Bereich des Loibl entschlossen hatte, wurden im Sommer desselben Jahres die Konzentrationslager Loibl Süd und Loibl Nord als Nebenlager des KZ Mauthausen errichtet.

Die hierher verschleppten Menschen mussten in Zwangsarbeit die Tunnelanlage von beiden Seiten vortreiben. Bis 1945 arbeiteten dort 1.300 Deportierte verschiedenster Nationalität unter unmenschlichen Bedingungen, viele verloren ihr Leben. Während der Bereich des ehemaligen KZ Loibl Süd auf slowenischem Gebiet als Gedenkstätte erhalten wurde, wurde die Existenz des KZ Loibl Nord in der Kärntner Öffentlichkeit durch Jahrzehnte

verschwiegen, im Zuge einer Tunnelanierung wurden zudem die Fundamentreste der Anlage teilweise verschüttet. Lediglich zwei Tafeln am Nordportal des Tunnels erinnern an die dort begangenen Verbrechen.

Im November 2004 erfolgte entsprechend den Bestimmungen des Denkmalschutzgesetzes die Unterschutzstellung des Areals, im Gedenkjahr 2005 hat der Kärntner Landtag auf Antrag der SPÖ Kärnten den Beschluss gefasst, die Sanierung der Reste des ehemaligen Konzentrationslagers durchzuführen, um eine würdige Stätte der Erinnerung an das Leiden und Sterben der Opfer des Nationalsozialismus an diesem Ort zu schaffen. Dieser Beschluss wurde dem zuständigen Regie-

ungsmitglied, LH Haider, zur Umsetzung übermittelt.

Anlässlich der Verleihung des Einspielerpreises an Univ.-Prof. Dr. Peter Gstettner, unter anderem auch für seine Bemühungen, die Vorgänge im KZ Loibl Nord in das Gedächtnis der Kärntner Bevölkerung zu rufen, wies die stv. Klubobfrau der SPÖ, LAbg. Nicole Cernic, darauf hin, dass bisher von Seiten des Landeshauptmannes nichts unternommen wurde, um diesen Beschluss des Kärntner Landtags umzusetzen. „Es ist eine Schande für dieses Land, dass die Willenserklärung des Landesparlaments nicht ausreicht, um die notwendigen Schritte für die Errichtung dieser Erinnerungsstätte einzuleiten“, stellt Cernic fest und sie erinnert Dr. Haider daran, dass

er in seiner Funktion als Landeshauptmann einen dezidierten Auftrag des demokratisch gewählten Landtags zu erfüllen habe.

„Indem wir uns der Opfer des Nationalsozialismus erinnern, geben wir ihnen das zurück, was ihnen ein verbrecherisches Regime nehmen wollte, ihre Menschenwürde. Diese Verantwortung ist ein Erbe, das auch für jene Generationen bewahrt werden muss, die nicht mehr unmittelbare Erinnerungen an die Ereignisse dieser Zeit haben.“

In Kärnten haben wir bisher diese Aufgabe weitgehend privaten Initiativen überlassen. Es ist hoch an der Zeit, dass das Land Kärnten mit der Errichtung einer Gedenkstätte am Loibl ein Zeichen setzt.“ ■

Gedenken an Jožef Kokot

Am heurigen Nationalfeiertag gedachte Memorial Kärnten-Koroška wie im Vorjahr der Kärntner Opfer für ein freies Österreich. Das Gedenken galt heuer vor allem dem am 25. September 1944 im KZ Mauthausen erhängten Kärntner Slowenen Jožef Kokot.

Schüler und Schülerinnen des Bundesgymnasiums für Slowenen in Klagenfurt hielten während der Gedenkstunde in Erinnerung an die vergessenen NS-Opfer eine szenische Lesung. Den Prolog mit einem Text des Dichters Andrej Kokot las Christin-Marie Pichler. Repräsentanten

der Opferverbände hielten im Rahmen der Gedenkstunde kurze Ansprachen. Ihre Botschaften brachten zum Ausdruck, wie der Terror der Vergangenheit im Alltag der Überlebenden nachwirkt und an die nächsten Generationen weitergegeben wird.

Memorial Kärnten-Koroška tritt dafür ein, mit neuen Initiativen auch 60 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs eine würdige und der Integrität der Republik Österreich entsprechende Gedenkkultur herzustellen. Die in der Plattform vereinigten Verbände verlangen eine Erneuerung der Landesgedenkstätte in Klagenfurt-Annabichl.

Sie fordern von den zuständigen Stellen eine Erneuerung des Mahnmals mit der Anbringung von 2.000 Namen, die in

LAbg. Peter Kaiser bei der Gedenkfeier für Kärntens NS-Opfer

jahrelanger Arbeit erforscht wurden. (Auf dem Zentralfriedhof Klagenfurt-Annabichl sind nach dem Zweiten Weltkrieg hunderte Gräber von NS-Opfern gegen die bestehende Rechtslage aufgelassen worden.) ■



Foto: Freiheitskämpfer LV Kärnten

Die besten Wünsche für das NEUE JAHR 2007 allen unseren Mitgliedern, Mitarbeitern, Freunden und Lesern!



Otto-Bauer-Plakette für Leopold Grausam

Bei der Jahresabschlussveranstaltung des Landesverbandes Wien wurde der ehemalige Leiter der Steinmetzwerkstätte der Stadt Wien und Bildhauer Leopold Grausam mit der Otto-Bauer-Plakette ausgezeichnet.

Der Landesvorsitzende Ernst Nedwed würdigte das Lebenswerk von Leopold Grausam, der Jahrzehnte hindurch in Zusammenarbeit mit Rosa Jochmann, Josef Hindels und Herbert Exenberger eine Reihe von Mahnmalen und Erinnerungszeichen im Gedenken an den Kampf gegen den Austro- und Nazifaschismus sowie an die Opfer der Verfolgung durch die Nationalsozialisten geschaffen hat.

Zu erwähnen sind dabei besonders das Denkmal auf dem

Morzinplatz, das für die Februar- und Spanienkämpfer auf dem Zentralfriedhof sowie die Gedenkstätte für die ermordeten Kinder vom Spiegelgrund

und für die im Wiener Landesgericht und auf dem Schießplatz Kagran ermordeten Frauen und Männer des Widerstandes (in der Gruppe 40 des Wiener Zen-

tralfriedhofs). Eine große Zahl von Gedenktafeln entstand in den Wiener Bezirken und auch zwei Grabdenkmäler seien besonders hervorgehoben, jenes für Rosa Jochmann und jenes für Josef Hindels.

Alfred Ströer stellte bei der Übergabe der Otto-Bauer-Plakette fest, dass der Bundesvorstand der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer beschlossen hat, Leopold Grausam zu ehren.

Der Ausgezeichnete sagte in seiner Dankesrede, dass er sich stets mit den Sozialdemokratischen Freiheitskämpfern eng verbunden gefühlt hatte, was schon aus seiner Familiengeschichte zu verstehen ist.

Sein Vater war Februartkämpfer und hatte in der Zeit nach 1934 auch unter der Verfolgung durch das austrofaschistische Regime zu leiden. ■



Leopold Grausam mit BV Alfred Ströer und Erna Musik beim neuen Grabdenkmal anlässlich des 100. Geburtstags von Rosa Jochmann

Foto: Freiheitskämpfer

Wir gratulieren

Zum 103. Geburtstag: Franz Pfannhauser, Wiener Neustadt. **102. Geburtstag:** Rudolf Zwieauer, Wien. **101. Geburtstag:** Elisabeth Schmutzenhofer, Wien. **99. Geburtstag:** Maria Dexinger, Wien. **97. Geburtstag:** Maria Gaisrucker, Kapfenberg; Emmerich Dutter, Neunkirchen; Maria Gindl, Wiener Neustadt. **95. Geburtstag:** Anna Pompe, Korneuburg; Berta Bäck, Steyr; Hubert Feilreiter, Margarete Röhm, Wien. **94. Geburtstag:** Dr. Georg Jungwirth, Linz; Anna Klinke, Helene Kriz, Franz Lukasch, Gerda Zimbelius, Wien. **93. Geburtstag:** Amalia Weichselbaum, Kammern; Othmar Müller, Möllbrücke; Friedrich Tringler, Wien. **92. Geburtstag:** Alois Eichler, Innsbruck; Hans Pawlik, Klagenfurt; Emma Dufek, Strasshof; Hans Steiner, Tschurndorf; Rudolf Karnik, Hedy Kubanik, Lepoldine Zwieauer, Wien. **91. Geburtstag:** Resi Wiesner, Linz; Karl Galgoczy, Wien. **90. Geburtstag:** Gertrude Ebenberger, Innsbruck; Therese Scharf, Knittelfeld; Stephanie Posch, Sankt Pölten; Franziska Fohler, Marie Stanzl, Wien. **85. Geburtstag:** Walter Schott, Leonding; Helene Faderny, DI Reimar Holzinger, Anna Riedl, Valerie Schmied, DI Heinz Vana, Wien. **80. Geburtstag:** DDr. NR a. D. Hans Hesele, Baden; Franz Haring, Hitzendorf; Leo Plattner, Innsbruck; Maria Auer, Kapfenberg; Trude Benedek, Schwechat; Josef Breurather, Schwechat; Ernestine Frasl, Paul Ludl, Maria Polednik, Mag. Hans Posset, Paula Vitek, Wien. **75. Geburtstag:** Erika Sutter, Deutsch-Altenburg; Erika Sutter, Hundsheim; Otto Peterl, Korneuburg; Gerti Tribaumer, Neunkirchen; Franz Wied, Ottenschlag; Karl Hauer, DI Josef Pernstorfer, Walter Sefcik, LAbg. a. D. Reg.R. Herta Slabina, Maximilian Stony, Johann Zemann, Wien.

In Franz Josephs dunkelstem Wien



Foto: WGA

Max Winter (1870–1937)

Max Winter wurde 1895 von Victor Adler zur Arbeiter-Zeitung geholt, für die er bis zu ihrem Verbot im Jahr 1934 über 1.500 kritische Sozialreportagen und Berichte aus dem Leben des Wiener Proletariats verfasste.

Für seine Recherchen verkleidete er sich als Obdachloser, ließ sich im Polizeigefängnis einsperren und arbeitete als Kulissenschieber im Burgtheater.

Ein Höhepunkt seiner Undercover-Tätigkeit war zweifellos die Verkleidung als „Kanalstrotter“:

„Ich wusste noch nichts von dem ‚Freig’schäft‘ der ‚Kanalstrotter‘, wie in Wien jene Gruppe von armselig lebenden Menschen heißt, die die Schätze der Kanäle heben und damit ihren schweren Erwerb finden, den schwersten wohl, den man sich vorstellen kann. Heute bin ich um einen tiefen Blick in das harte Dasein dieser Gilde reicher. Ich kenne das Leben im Kanal, und die mühselige Suche nach dem Strandgut der Großstadt, nach den verlorenen Hellern und Kreuzern, nach den Metallgegenständen und Stücken, die

in den Kanälen ihr Grab finden, die Jagd nach den Knochen, die mit dem Spülicht der Großstadt da hinunter geraten, und ich kenne einen Menschen wenigstens, der diesem Erwerb seit Jahren obliegt, der mehr als zwölf Jahre hindurch Tag für Tag in die Kanäle stieg und der auch heute noch strotzen geht, wenn daheim das Brot zu knapp wird, wenn sein Handel mit altem Eisen, den er in der Umgebung Wiens unternimmt, nicht ertragreich genug ist.

Mit diesem Mann – Speckmoriz heißt er in der Gilde – unternahm ich Freitag einen ‚Strottgang‘, den ersten und wahrscheinlich letzten in meinem Leben, denn ganz abgesehen von den übrigen Annehmlichkeiten, die der Aufenthalt im Kanal bietet, ist so ein ‚Strottgang‘ eine harte körperliche Plage, doppelt hart für den Schreibtischmenschen, dem wenig Zeit für körperliche Übung bleibt.“

Aus dem „Schreibtischmenschen“ Max Winter wurde 1911 ein Quereinsteiger in die Politik: Zunächst zog er als sozialdemokratischer Abgeordneter in den Reichsrat ein, nach 1918 wurde er Mitglied des Wiener Gemeinderats und 1919 sogar Vizebürgermeister von Wien. Nach den Februarkämpfen des Jahres 1934 gelang ihm die Flucht in die USA.

Das neu erschienene Buch „Max Winter – Expeditionen ins dunkelste Wien“, herausgegeben von Hannes Haas (Picus Verlag), bietet eine Auswahl aus den Berichten dieses Meisters der sozialen Reportage.

Lilli Bauer

Erbältlich in der Buchhandlung Löwelstraße, Preis 19,90.

Wiener Tschechen im Widerstand

Über Einladung der Tschechischen Sozialdemokraten Österreichs fand auf dem Wiener Zentralfriedhof, beim Denkmal für die hingerichteten Wiener tschechischen Widerstandskämpfer gegen den Nazifaschismus, eine Gedenkfeier statt. Rudolf Cerny, der Vorsitzende der Tschechischen Sozialdemokraten in Österreich, erinnerte in seiner Rede an die vor sechzig Jahren erfolgte Enthüllung des Denkmals für die Opfer des tschechischen Widerstandes in Wien, die damals von Bürgermeister Theodor Körner vorgenommen wurde. An der Feier nahmen Vertreter der Wiener tschechischen Vereine, des Komensky-Gymnasiums in Wien 3 und Vertreter der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus teil. Rudolf Cerny begrüßte vor allem die anwesenden Jugendlichen, und er erwähnte: „Ohne Kenntnis der Vergangenheit hat auch die Zukunft keine Bedeutung.“

Als Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände und Widerstandskämpfer Österreichs nahm der Vorsitzen-

de des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer, Alfred Ströer, zu den damaligen Ereignissen Stellung: Er wies darauf hin, dass er als Gestapohäftling erfahren musste, wie die Vertreter des tschechischen Widerstandes von der Gestapo behandelt wurden. Allein die Zugehörigkeit zu einem tschechischen Verein, die Absolvierung der Komensky-Schule oder überhaupt die Zugehörigkeit zur tschechischen Minderheit war schon eine Voraussetzung für eine verschärfte Behandlung durch die Gestapo. Ströer erwähnte die Gruppe Schipany, deren Mitglieder aufgrund ihrer Widerstandstätigkeit von der Gestapo verhaftet, nach Mauthausen gebracht und dort sofort erschossen wurden. Ihre Angehörigen erhielten Briefe, dass die Hingerichteten zur „Veraschung“ freigegeben wurden, die entsprechenden Gebühren wurden den Angehörigen angelastet. Als letzter Redner würdigte der Kulturattaché der Tschechischen Botschaft David Mohelský den Mut der antifaschistischen Widerstandskämpfer aus der tschechischen Minderheit in Wien. ■ E.N.

Rudolf Cerny (links) und Alfred Ströer mit Schülerinnen und Schülern des Wiener Komensky-Gymnasiums



Foto: ORF/Sendar Erdost

Bücherraub

Von 1938 bis 1945 gelangten rund eine halbe Million geraubte Bücher in die Österreichische Nationalbibliothek; sie stammten vornehmlich aus jüdischem Besitz. (Schon nach 1934 wurden von den Austrofaschisten die Arbeiter-, Volks- und Kinderbüchereien von unerwünschten Büchern „gesäubert“ und zu Zehntausenden der ÖNB überantwortet.) Der 1938 eingesetzte Nazi-Generaldirektor Paul Heigl war – mit guten Kontakten zur Gestapo – sehr bemüht, die Bestände auf diese Weise zu vergrößern. Nunmehr liegt eine umfangreiche Darstellung des Bücherraubs in Form einer wissenschaftlichen Arbeit vor: „... allerlei für die Nationalbibliothek zu ergattern ...“ (Hall/Köstner, Böhlau Verlag, Wien). Sie stellt nicht nur die – durch Jahrzehnte verschwiegene – NS-Geschichte der Nationalbibliothek dar, sondern bildet auch die Grundlage für die, soweit noch mögliche, Restitution des geraubten Bücherschatzes.

Engerau

Die Tätigkeit der österreichischen Volksgerichte zur Ahndung von nationalsozialistischen Verbrechen wurde bislang nicht ausreichend gewürdigt. In der kürzlich erschienenen Publikation „Das Volk sitzt zu Gericht“ befasst sich DÖW-Mitarbeiterin Claudia Kuretsidis-Haider mit den gerichtlichen Ermittlungen, die zu den sogenannten sechs „Engerau-Prozessen“ führten. In den Prozessen wurden 1945 bis 1954 die Verbrechen von Nazi-Schergen an den zum Bau des „Südostwalls“ gezwungenen ungarischen Juden gesühnt. Von den 21 Angeklagten wurden neun zum Tode verurteilt.

Karl Waldbrunner – ein pragmatischer Visionär



Foto: Carl Gerold's Sohn Verlagbuchhandlung

Karl Waldbrunner (1906–1980)

Vor hundert Jahren, am 25. November 1906, wurde Karl Waldbrunner geboren. Es war dem Kind einer Arbeiterfamilie nicht in die Wiege gelegt, dass er einer der bedeutendsten Politiker der ersten Jahrzehnte der Zweiten Republik werden würde. Den Grundstein dafür legten allerdings seine Eltern, die ihm unter schweren Opfern das Studium an der Technischen Hochschule ermöglichten und ihn als überzeugte Sozialdemokraten schon in der Jugend zum Engagement für die Arbeiterbewegung brachten.

Aus Anlass des 100. Geburtstags erschien jüngst das ausführliche und zeitgeschichtlich hochinteressante, von Hannes Androsch, Anton Pelinka und Manfred Zollinger herausgegebene Buch „Karl Waldbrunner“ (Verlag Carl Gerold's Sohn).

Hannes Androsch nennt Waldbrunner – nach 1945 ein Mann

der ersten Stunde, SPÖ-Zentralsekretär, BSA-Präsident, Minister für Verkehr und verstaatlichte Betriebe, Nationalratspräsident – einen „pragmatischen Visionär, der weit in die Zukunft gedacht hat“. Das wird seinem Wirken für den Aufbau des kriegszerstörten Österreich durchaus gerecht. Darüber heißt es in Androschs Geleitwort zu dem Buch, an dem eine ganze Reihe von Zeit

historikern mitarbeiteten, unter

anderem: „Mutige Eigeninitiative bewies Waldbrunner, als er sich aufgrund seiner guten Sprachkenntnisse (er hatte in der Zeit der Arbeitslosigkeit 1932 ein Angebot, am Bau von Kraftwerken in der Sowjetunion mitzuarbeiten, angenommen, Red.) selbst einen russischen Passierschein nach Gloggnitz ausstellte, wo er mit Karl Renner zusammentraf, um ihm seine Mithilfe anzubieten. Renner beauftragte Waldbrunner umgehend mit der Wiederherstellung der Industrie im Osten Österreichs und nahm ihn 1945 als Unterstaatssekretär in seine Provisorische Staatsregierung auf [...]

Sein vorrangiges Einsatzgebiet war der Wiederaufbau, wo er seine Wirtschaftskompetenz auch in enger Zusammenarbeit mit dem Wiener Bürgermeister und späteren Bundespräsidenten Theodor Körner unter Beweis stellte.

Als Staatssekretär und später Minister hat er sich nach Abschluss des Wiederaufbau-

es vor allem für den Ausbau der Energieversorgung und des Verkehrsnetzes eingesetzt und die Entwicklung Österreichs als Industriestandort energisch vorangetrieben. Dabei hat er bei seinen Vorgaben oftmals großen Weitblick unter Beweis gestellt, lassen doch viele der von ihm favorisierten, forcierten und oft gegen hartnäckige Widerstände durchgesetzten Entscheidungen ein bis in die Gegenwart nachwirkendes Modernitätsprinzip erkennen [...]

Waldbrunner hat entgegen den populistisch verbrämten Vorhaltungen des politischen Gegners die verstaatlichte Industrie, die lange in seiner Regierungsverantwortung stand, nie als persönliche Spielwiese beansprucht. Die von allen Parteien beschlossene Verstaatlichung betrachtete er als pragmatische Notwendigkeit aufgrund spezifischer Gegebenheiten nach dem Zweiten Weltkrieg [...]

Es hat ihn schwer getroffen, dass er 1956, als die ÖVP im Wahlkampf gegen das „Königreich Waldbrunner“ zu Felde zog, nicht ausreichend Rückendeckung von seiner Partei erhielt. Er hat auch nie verwunden, dass die ÖVP den damals erfolgreichen Wirtschaftskurs, an dem er wichtigen Anteil hatte, unter dem Slogan „Raab-Kamitz-Kurs“ für sich vereinnahmte.

Bei einem Mittagessen, das ich zum 70. Geburtstag von Reinhard Kamitz gegeben habe, zu dem auch Karl Waldbrunner geladen war, habe ich das Thema angesprochen, dass die Wirtschaftspolitik in den 1950er Jahren eigentlich ein „Kamitz-Waldbrunner-Kurs“ war, was von beiden bestätigt wurde ...“

Hannes Androsch (im Buch „Karl Waldbrunner“)

Die Poldi – ein Frauenschicksal

Die Idee, ein Buch über das Leben unserer Ehrenvorsitzenden Leopoldine Feichtinger zu schreiben, hatte die Schriftführerin der oberösterreichischen Freiheitskämpfer, Genossin Ingrid Maiburger, die auch den angesehenen Autor Walter Kohl gewinnen konnte, einen großartigen Zuhörer und sehr einfühlsamen Formulierer. Die Geschichten der 86-jährigen plätschern nicht dahin. Es sind einfache Geschichten vom Alltäglichen, Unspektakulären, das sie als ausgebeutete Arbeiterin, liebevolle Mutter, solidarischer Mensch erlebt und erlitten hat.

Leopoldine Feichtinger wurde am 16. September 1920 in Linz geboren. Als Kind und Halbwüchsige hat sie die Kämpfe der Ersten Republik miterlebt. Als junge Frau hat sie hautnah erfahren, wie sich die Figuren des menschenverachtenden Systems des Faschismus als Privatpersonen verhielten, als sie 1938/39 als Dienstmädchen bei der Linzer Kaufmannsfamilie Eder arbeitete. Sie waren Schwiegereltern des berühmten SS-Obergruppenführers und Chefs der Sicherheitspolizei Ernst Kaltenbrunner, der dort oft auf Besuch war.

So richtig traurig wurde Poldi bei ihren Erzählungen nur, als sie vom Morgen des 9. September 1944 erzählte, als ihre kommunistischen Kollegen Rudi Kühberger, Hugo Müller, Heinrich Obermayer, Toni Schmelensky und Josef Teufl verhaftet und bald darauf von den Nazi-Scheren ermordet wurden. Poldi und viele ihrer Kolleginnen und Kollegen waren geschockt.

Wie konnte sie durch diese Zeit kommen, ohne Mitläufer zu werden? Wie das war, wenn bekannt war, dass ihr Vater, Alois Ganglberger, Sozialist war? Sie stilisiert sich und die Ihren nicht zu unerschrockenen Widerstandskämpfern. „Wir haben ein Glück gehabt, dass wir in Dornach ge-

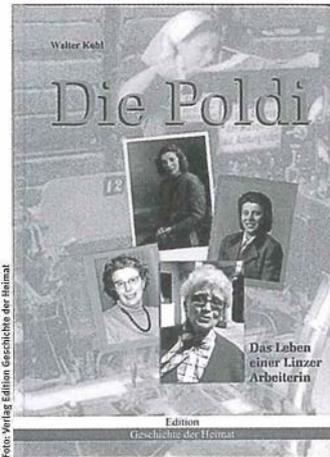


Foto: Verlag Edition Geschichte der Heimat

wohnt haben. Wenn wir in Katzbach gewohnt hätten, dort war die Bastion der Nazis, wer weiß. Die hätten einen sicher angedredet und drangsaliert, dass man auch mitmacht. Da habe ich ein Glück gehabt. In Dornach war niemand, der für die Nazis geworben hätte. Wenn du dich nicht selber gemeldet hast in Katzbach, wenn du nicht selber hingegangen bist und dich anbietest, und auch niemanden im Bekanntenkreis gehabt hast, haben sie dich in Ruhe gelassen.“

Besonders gestört hat sie, dass nach der Befreiung eine Mehrheit auf einmal so tat, als hätten sie keine Vergangenheit mehr. In dieser Zeit hat sie sich engagiert, politisch und in der Gewerkschaft. Und vor allem immer ganz nahe bei den Menschen, um die es ging. Poldi hat in ihrem Leben die gesellschaftlichen Prozesse und Veränderungen von „ganz unten“ miterlebt, an der Basis sozusagen, aber sie ist kein willenlos getriebenes winziges Teilchen dieser Prozesse und Bewegungen gewesen, sondern hat ihr Leben lang versucht (und versucht auch heute noch), die Dinge mitzugestalten, etwas zu bewegen, und wenn es noch so mühselig war und die Ergebnisse noch so bescheiden sind.

Als sie ein Kind war, hat man sie von Bildung fern gehalten, obwohl sie in der Volksschule

sehr gut war. Als Mädchen und junger Frau hat man ihr nicht mehr angeboten als eine Dienstboten-Existenz. Zäh und verbissen hat sie sich hoch gearbeitet, zu einer angelernten Maschinenarbeiterin. Das bedeutete für sie den Aufstieg. Die Krönung für sie aber war dann die Funktion im Betriebsrat, für andere Menschen was zu tun und ihnen zu helfen, da war sie weg von den Maschinen gekommen, hin zu den Menschen. Mehr an Aufstieg wurde einem Frauenleben kaum geboten im vergangenen Jahrhundert.

Wie steht sie zur SPÖ? Poldi geht ins Grundsätzliche: „Ein gesellschaftspolitisches Modell kann nur eine Demokratie sein. Und da ist die Sozialdemokratie am wichtigsten, weil sie die Bedürfnisse der Menschen am direktesten abdecken kann. Die Reichen, die Wohlhabenden, die brauchen eh keine Sozialdemokratie, denn die schaffen sich selber ihre gesellschaftlichen Linien ... Es gilt ja nach wie vor: Die, die kein Geld haben, bleiben übrig! Was ist denn herausgekommen bei der ÖVP-Regierung?“ Ihre Schlussfolgerung: „Also, wir brauchen eine Sozialdemokratie.“

Das von Franz Steinmaßl im Verlag Edition Geschichte der Heimat herausgegebene Buch „Die Poldi. Das Leben einer Linzer Arbeiterin“ kann unter Tel. 0732/78 30 88 um 18,50 Euro bestellt werden. ■

Peter Weidner

Journalisten-Los

Auch der Presseclub Concordia, älteste Journalistenvereinigung der Welt, ist bemüht, seine Vergangenheit in der NS-Zeit und die Schicksale seiner Mitglieder aufzuhehlen. Die Zeitgeschichtlerin Sandra Paweronschitz hat in der Arbeit „Zwischen Anspruch und Anpassung“ die Vorgeschichte in Republik und Ständestaat, die in die Auflösung des Clubs durch die Nazi-Machthaber mündete, aufgezeichnet und dann vor allem exemplarische Lebensläufe der Mitglieder – von Anpassung über Widerstand und Vertreibung bis zur Ermordung – dargestellt. Die Concordia war vor 1938 in erster Linie eine bürgerliche Angelegenheit; die Sozialdemokraten hielten sich eher fern. Der Protest gegen Dollfuß' Zensurmaßnahmen war denn auch eher zögerlich. Für die Nazi war die Auflösung des Clubs keine Frage – zählte doch dieser 243 jüdische und 77 „arische“ (zumeist konservative) Mitglieder. Mit der Reaktivierung des Clubs 1945 wurde ein Katalog ethischer Grundsätze verbunden, der die Concordia als Hüterin demokratischen Journalismus' ausweist.

Publikationen

Aus dem Eigenverlag des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer:

- Bibliografie über Josef Hindels „Mit der Feder und dem Wort“ mit biografischen Beiträgen. 10 Euro
- „no pasaran“, Gedichte gegen Faschismus und Krieg von Josef Schneeweiss. 7 Euro
- Jahrbuch 2006. 5 Euro
- Broschüre des LV NÖ: „Bewegte Zeiten“. 5 Euro

Hitlers Berghof: Doku informiert



Foto: Institut f. Zeitgeschichte München-Berlin

Blick in die Ausstellung auf dem Obersalzberg

Die Dokumentation Obersalzberg ist eine Dauer- ausstellung auf dem Obersalzberg bei Berchtesgaden. Sie wurde 1999 eröffnet. Der Obersalzberg, ab 1923 Adolf Hitlers Feriendomizil, wurde nach 1933 zum zweiten Regierungssitz neben Berlin ausgebaut. Die Ausstellung zeigt nicht nur die Geschichte

des Obersalzbergs, sondern verbindet die Ortsgeschichte mit einer Darstellung der zentralen Erscheinungsformen der nationalsozialistischen Diktatur.

Die Dokumentation will hohen fachlichen Ansprüchen genügen, wendet sich aber primär an den historischen Laien. Ihr Ziel ist es, den Besucher wissenschaftlich fundiert und allge-

meinverständlich über das ereignisreiche und komplizierte historische Geschehen zu informieren und darüber hinaus Anstöße zur analytischen Verarbeitung zu geben. Dadurch soll nicht zuletzt dem alten und neuen Rechtsextremismus entgegengewirkt werden, der seine Anziehungskraft, besonders für Jugendliche, vor allem aus der Reaktivierung

ideologischer Fiktionen und politischer Parolen des Nationalsozialismus bezieht. Die hohen Besucherzahlen (mehr als 100.000 jährlich) beweisen, dass das populärwissenschaftliche Konzept aufgegangen ist.

Die Ausstellung ist reich bebildert und bietet durch den Einsatz elektronischer Medien dem Besucher viele Möglichkeiten, sein Wissen über „Ursachen und Realität“ des NS-Systems zu vertiefen. Einziges Defizit ist, dass sämtliche Beschriftungen nur in deutscher Sprache vorhanden sind. Für fremdsprachige Besucher stehen Audio-Guides in Englisch zur Verfügung.

Äußerst gelungen ist der Katalog zur Ausstellung mit dem Titel „Die tödliche Utopie“. Auf 600 Seiten werden Bilder, Texte, Dokumente und Daten zur nationalsozialistischen Schreckensherrschaft gezeigt, sozusagen die in Buchform gebrachte Ausstellung. Der Katalog ist wissenschaftlich fundiert, aber für ein nicht wissenschaftliches Publikum geschrieben und stellt mit 16,80 eine sinnvolle Investition dar.

Der Besuch der Dokumentation Obersalzberg ist allen interessierten Antifaschist(inn)en wärmstens zu empfehlen. ■

Gerald Netzl

Mitarbeiter/-innen dieser Ausgabe: Lilli Bauer, Herbert Exenberger, Vinzenz Jobst, Edith Krisch, Ernst Nedwed, Gerald Netzl, Ingrid Nowotny, Manfred Scheuch, Alfred Ströer, Peter Weidner. **Grafische Gestaltung:** Magda Niemiec. **Lektorat:** Roswitha Singer-Valentin. **Redaktionsschluss dieser Ausgabe:** 15. Dezember 2006. Nächstes Heft: März 2007.

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschisten. 1014 Wien, Löwelstraße 18, Telefon: 01/534 27-277, Fax: Dw. 258, E-Mail-Adresse: kaempfer@spoe.at, Internetadresse: <http://www.freiheitskaempfer.at> Produktionsleitung: echomedia verlag ges.m.b.h., 1070 Wien, Schottenfeldgasse 24, Telefon: 524 70 86-0
 Hersteller: Gutenberg, 2700 Wiener Neustadt
 Offenlegung nach §25 Mediengesetz: Information über neofaschistische und rechtsextremistische Bewegungen, Vereinsnachrichten, Informationen der Opfer des Faschismus.

HERRN DIR. PROF.
 JOHANNES SCHWANTNER
 DARINGERG. 14/25/6
 1190 WIEN